

Laibacher Zeitung.

Nr. 44.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Austellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Freitag, 23. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 8 kr.

1877.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Februar d. J. dem Reichsrathe des obersten Rechnungshofes für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, Joseph Freiherrn v. Sichtenhurn, in Anerkennung seiner vielfährigen, sehr ersprießlichen Dienstleistung den Titel und Charakter eines Hofrathes mit Nachsicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. Februar d. J. dem Chefgeologen der geologischen Reichsanstalt, Dr. Guido Stache, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung tagfrei den Titel und Charakter eines Oberbergrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Stremayr m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Die Ausgleichskonferenzen.

Betreffs der zwischen den beiderseitigen Regierungen im Gange befindlichen Ausgleichsverhandlungen, deren Endergebnisse man haben wie drüben mit begreiflicher Spannung entgegensteht, erhält die „Budapester Korrespondenz“ aus Wien von „kompetenter Seite“ folgende Meldung: „In der Konferenz der beiderseitigen Minister vom 19. d. wurde betreffs der Bankfrage, vorbehaltlich der Zustimmung der betreffenden Regierungen, eine vollständige Einigung erzielt. Die Minister Tisza, Szell und Trefort haben sich noch am selben Tage nach Budapest begeben, um mit den ungarischen Parteimännern zu konferieren. Eine förmliche Konferenz der liberalen Partei wird in Budapest tag wieder nach Wien zurück. Ist beiderseits die Zustimmung der Parlamentsparteien zu den vereinbarten Stipulationen erfolgt, so wird sich das ungarische Ministerium dann neu konstituieren, und die Ausgleichsstipulationen werden in einer wahrscheinlich unter dem Prästernkonferenz endgiltig festgestellt werden. Dem Parlament werden alle Ausgleichsvorlagen gleichzeitig, und österreichischen Nationalbank, respective der hiezu ermächtigten Bankauskunft, die vereinbarten Bankstipulationen acceptiert hat, vorgelegt werden. Bis dahin dürften auch die Zollverhandlungen mit Deutschland, die wahrschein-

lich in Wien gepflogen werden, weit fortgeschritten und die zu den Vorlagen nothwendigen Motivenberichte ausgearbeitet sein.“

Am 19. d. M. abends hielten die verfassungstreuen Klubs des österreichischen Abgeordnetenhauses Sitzungen, um aus der Mitte ihrer Mitglieder jene Abgeordneten zu designieren, welche der tags darauf um 2 Uhr nachmittags im Ministerium des Innern anberaumten Besprechung mit den Ministern beizuwohnen und die daselbst seitens der Regierung gegebenen Aufklärungen ad informandum et referendum zu nehmen bestimmt wurden.

Seitens des Klubs der Ruthenen wurden gewählt die Abgeordneten Juzyczynski und Dr. Janowski; seitens des Fortschrittsklubs das Bureau desselben, nämlich der Obmann Graf Coronini und die Obmann-Stellvertreter Dr. Kopp und Dr. Groß; der Centrumklub wählte die Abgeordneten Freiherrn v. Eichhoff, Freiherrn v. Hopfen, Freiherrn v. Tinti, Freiherrn v. Veeg, Freiherrn v. Louden und Freiherrn v. Doblhoff.

Im Klub der Linken referierte Obmann Dr. Herbst zunächst über die Verhandlungen zwischen den Obmännern und der Regierung; man habe sich auf die Entsendung von Delegierten ad audiendum geeinigt. Selbstverständlich werde keine Berathung stattfinden, sondern es werde den einzelnen Klubs referiert werden.

Abg. Teuschl erklärte sich gegen die Wahl von Delegierten; diese werden nicht mehr zu hören bekommen, als die Obmänner und deren Stellvertreter, welche letztere allein zu wählen wären. Ferner nahmen das Wort die Abg. Dr. v. Berger, Dr. Weeber, Dr. Jallner, Dr. Ruf und Kuranda, welcher aufmerksam machte, daß es sich nicht um eigentliche Vertrauensmänner handeln könne, sondern bloß um Delegierte zur Anhörung. Man beschloß endlich die Wahl von sechs Delegierten, und wurden hiezu in mehreren Wahlgängen die Abgeordneten Dr. Herbst, Dr. Bidulich, Dr. v. Demel, Dr. Ed. Sueß, Wolfrum und Dr. Weeber gewählt.

Das Herrenhaus hat nachstehende Mitglieder zu der Konferenz delegiert: Ritter v. Arneß, Dr. Felder, Freiherr v. Härdtl, Ritter v. Hafner, Freiherr v. Hein, Abt Helfertorfer, Freiherr v. Hye, Erzbischof Kutschker, Fürst Friedrich Liechtenstein, Fürst Metternich, Moser, Dr. Neumann, Edler v. Plener, Fürst Johann Adolf Schwarzenberg, Ritter v. Schmerling, Graf Trauttmansdorf, Freiherr v. Winterstein und Graf Wrba. Wie man sieht, sind sämtliche Fractionen des Hauses in dem Comité vertreten.

Die angekündigte Konferenz fand Mittwoch den 21. d. um 2 Uhr nachmittags im Bureau des Herrn Ministers des Innern statt. Soweit die uns bisher

über den Verlauf derselben vorliegenden kurzen Mittheilungen berichten, eröffnete zunächst der Ministerpräsident Fürst Auersperg die Versammlung mit einigen begrüßenden Worten, hierauf gab der Minister des Innern eine pragmatische Darstellung des Ganges der ganzen Ausgleichsverhandlungen, worauf der Finanzminister den Stand der Bankfrage, insbesondere den Punkt betreffs Zusammensetzung des Generalrathes detailliert auseinandersetzte. Schließlich formulierte der Finanzminister folgende, von der Regierung an die Partei gestellte Frage:

Der definitive Abschluß der Vereinbarungen über die Bankfrage und damit über die gesammten Ausgleichsvorlagen hängt davon ab, ob die Partei ihre Zustimmung zu folgender Zusammensetzung des Generalrathes der Bank gibt: Der Generalrath besteht aus dem Gouverneur, zwei Vizegouverneuren und zwölf Generalräthen; der Gouverneur wird auf gemeinsamen Vorschlag beider Regierungen, die Vizegouverneure werden auf Vorschlag des betreffenden Finanzministers vom Kaiser ernannt; die Generalräthe werden von der Generalversammlung gewählt, und zwar acht nach freiem Ermessen der Versammlung, je zwei aus dem Territorialschlusse der Directionen in Wien und Budapest.

Nachdem der Minister mehrere von den anwesenden Mitgliedern des Reichsrathes gestellte Anfragen beantwortete, schloß der Ministerpräsident die Sitzung mit dem Ausdrucke des Dankes an die Versammlung.

Oesterreichischer Reichsrath.

53. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 20. Februar.

Nach Erledigung des Einlaufes wird zur Fortsetzung der Generaldebatte über die Novelle zum Ehegesetze geschritten.

Freiherr v. Hye erklärt, daß er nicht nur dem Minoritätsvotum zustimme, sondern auch wünsche, daß auch die in der Fassung des Abgeordnetenhauses enthaltenen Art. III und IV angenommen werden. Nur die obligatorische Zivilehe, führt Redner aus, wäre imstande, das gesunkene katholische Bewußtsein wieder zu heben, auch seien es gerade streng katholische Herrscher, welche die obligatorische Zivilehe in ihren Staaten einführen. So wie die Zivilehe in anderen Staaten eingeführt wurde, so wird sie gewiß auch in Oesterreich ihren Einzug halten. Ungemein schwierig sei es aber, diese Institution schon in naher Zeit bei uns einzuführen. Dagegen spricht die Schwierigkeit, sich zu dem damit verbundenen Prinzip der Löslichkeit der Ehe zu bekennen, und die weitere Schwierigkeit, dem Clerus die

Feuilleton.

Das Volksschulwesen in Oesterreich mit Schluß des Schuljahres 1875.

Seit die Volksschule in Oesterreich einen Gegenstand der staatlichen, das Ganze umfassenden Gesetzgebung bildet, war auch dafür gesorgt, daß die oberste Unterrichtsbehörde periodische Berichte über den jeweiligen Stand dieser Institution erhalte, um auf der Grundlage derselben fördernd und regelnd nach allen Seiten einwirken zu können. Bis zum Erscheinen der neuen Volksschulgesetze hatten die Schulaufsichtsbehörden der einzelnen Länder für jedes Schuljahr eine Statistik der Volksschulen abzufassen und diese mit ihren Erläuterungen und einem Berichte über den inneren Zustand des Volksschulwesens der obersten Unterrichtsbehörde vorzulegen. Dermalen haben die Landes Schulbehörden gemäß dem Schulaufsichtsgesetze Jahresberichte über das ganze an das Unterrichtsministerium zu erstatten, wogegen in Bezug auf die statistische Aufnahme der Volksschulen im Jahre 1871 die Einrichtung getroffen wurde, daß dieselbe künftig nach längeren Zeiträumen, und zwar von fünf zu fünf Jahren, aber in der eingehendsten Weise

Da in einzelnen Ländern die neuen Schulbehörden erst am Ende des Jahres 1870 eingesetzt wurden, erstensmal für das Schuljahr 1871 und zum zweitenmal schon für das Schuljahr 1875 statt, damit diese Arbeit künftig immer mit Abschluß der Hälfte eines

jeden Decenniums (1880, 1885, 1890 u. s. f.) fortgesetzt werde.

Durch die hohe Wichtigkeit des Volksschulwesens für den Staat, für das ökonomische und geistige Wohl seiner Bürger und insbesondere auch für seine Wehrkraft erscheint es begründet, die Ergebnisse der für das Schuljahr 1875 vorgenommenen Volksschul-Conscription zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, weil dieselbe schon eine Vergleichung mit den Ergebnissen der ersten, unter dem Bestande der neuen Schuleinrichtungen vor vier Jahren vorgenommenen (wenngleich wegen der Neuheit der Sache im einzelnen noch etwas lückenhaft gebliebenen) Conscription zuläßt, sonach daraus entnommen werden kann, was innerhalb des Quadrienniums 1871 bis 1875 für die weitere Entwicklung und Förderung unseres Volksschulwesens, soweit sich dies aus statistischen Daten erkennen läßt, geleistet worden ist.

Zahl der Schulen und Schulklassen.

Am Schluß des Schuljahres 1875 waren im ganzen zum Reichsrathe gehörigen Ländergebiete 15,166 Volksschulen in Aktivität, und zwar:

196 öffentliche Bürgerschulen,
14,061 öffentliche allgemeine Volksschulen,
379 Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht,
530 Privatschulen ohne Öffentlichkeitsrecht.

Läßt man das Land Tirol, wo die auf das Reichs-Volksschulgesetz basirten Landesgesetze noch nicht zustande gekommen sind, außer Rechnung und berücksichtigt man nur die aus öffentlichen Schulfonds erhaltenen (öffentlichen) Volksschulen, so ergibt sich in dem Quadriennium

1871 12,131
1875 12,982

eine Zunahme von 851 öffentlichen Schulen.

An dieser Vermehrung participieren — mit Ausnahme von Tirol, Vorarlberg und Istrien — alle anderen Länder, zumeist Böhmen mit 281, Galizien mit 114, Mähren mit 106, Steiermark mit 80, Nieder-Oesterreich mit 71 und selbst die früher stark zurückgebliebenen Länder Görz-Gradißla mit 49, Krain mit 40, Bukowina mit 32, Dalmazien mit 25 Schulen.

(In Triest ist die ausgewiesene Verminderung von 12 öffentlichen Volksschulen nur scheinbar, da hinwieder 12 Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht zugewachsen sind, welche nach den früheren Schulgesetzen als öffentliche Schulen gegolten haben. Die Verminderung in Tirol, Vorarlberg und Istrien ist zunächst dadurch zu erklären, daß nach Geschlechtern getrennt, früher als selbständig angeführte Schulen nun als gemischte Schulen nur einmal gezählt, daß ferner früher bestandene sogenannte Nothschulen aufgelassen und die Schulkinder benachbarten direktionsmäßigen Schulen zugewiesen wurden, was für das Schulwesen im ganzen nur von Vortheil ist. In Tirol, insbesondere in Südtirol, war früher fast jede Gemeindefraction im Besitze einer eigenen Schule; diese häufig nicht lebensfähigen Anstalten mußten geordneten Schuleinrichtungen weichen.)

Die Zahl der Bürgerschulen — einer neuen Institution, die in ihrem Werthe erst besser erkannt werden muß und nur allmählig erstarken kann — vermehrte sich in dem Quadriennium um 150 Schulen.

Der Aufschwung, den das Volksschulwesen seit der neuen Schulgesetzgebung genommen hat, läßt sich hauptsächlich bei Vergleichung der Ergebnisse aus längeren Zeitperioden nicht verkennen.

Wird Tirol aus dem obigen Grunde außer Rechnung gelassen, so stellt sich die Zahl der Volksschulen

Führung der Zivilstandsregister abzunehmen. In gewissen Kronländern siehe der letzteren Verfügung der geringe Bildungsgrad der Gemeindebehörden entgegen. Aus diesen Ursachen müsse man trachten, vor allem die schreiendsten Mängel abzustellen, da die wirkliche Einführung der obligatorischen Zivilehe noch in zu weite Ferne gerückt erscheint. Was die gemischten Ehen betrifft, so resultiere das Recht, solche Ehen einzugehen, schon aus den Staatsgrundgesetzen.

Dr. v. Plener hat den Antrag auf motivierte Tagesordnung deshalb mit unterschrieben, weil er das, was durch die Gesetzesvorlage geboten wird, für zu wenig hält gegenüber den erhobenen berechtigten Ansprüchen.

Kardinal Fürst Schwarzenberg macht darauf aufmerksam, daß die anwesenden Bischöfe nur deswegen für die Aufrechterhaltung einiger Paragrafen des bürgerlichen Gesetzbuches eintreten, weil dieselben mit den kirchlichen Gesetzen übereinstimmen. Sonst aber sehen sie bezüglich der Ehegesetzgebung nur die Vorschriften der katholischen Religion als bindend an. Redner ist für Uebergang zur Tagesordnung.

Nach einigen berichtigenden Bemerkungen des Fürst-Erzbischofs von Wien, Dr. Rutschler, nimmt Graf Leo Thun das Wort und stellt es als Grundlage des christlichen Gedankens der Ehe hin, daß jede Verbindung zwischen Mann und Weib, welcher nicht die sakramentale Weihe zuteil geworden, keine Ehe sei. Diese Anerkennung zu wahren und zu erhalten, liegt in den höchsten Interessen des Staates.

Fürst-Erzbischof Eder von Salzburg führt aus, daß die Ehe ein Sakrament und daher nach katholischer Lehre nicht auflösbar ist. Redner stimmt für den motivierten Uebergang zur Tagesordnung.

Nachdem noch Bürgermeister Dr. Felder das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung ergriffen, vertheidigt der Berichterstatter Dr. v. Hasner in langer und eingehender Rede die Anträge der Majorität des Ausschusses, worauf über Antrag des Dr. Freiherrn von Hein zur namentlichen Abstimmung geschritten wird.

Für den Antrag des Fürst-Erzbischofs Dr. Rutschler auf Uebergang zur Tagesordnung entfallen 38, gegen denselben 53 Stimmen, daher derselbe abgelehnt erscheint.

Fürst-Erzbischof Dr. Rutschler gibt folgende Erklärung ab: Da in dem in Antrag gebrachten Ehegesetz voraussichtlich nichts enthalten ist, das gegen die Grundsätze der katholischen Kirche streitet, so bin ich ermächtigt, die Erklärung abzugeben, daß wir Bischöfe uns dem Antrage auf motivierte Tagesordnung anschließen.

Ministerpräsident Fürst Adolf Auerberg: Da in der motivierten Tagesordnung eine Aufforderung an die Regierung enthalten ist, so werden sich jene Mitglieder des hohen Herrenhauses, welche zugleich Mitglieder der Regierung sind, der Abstimmung enthalten.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung über die motivierte Tagesordnung entfallen 57 Stimmen für, 33 Stimmen gegen dieselbe, daher das Eingehen in die Generaldebatte als abgelehnt erscheint.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 22sten Februar statt.

im Jahre 1850 auf 11,187,

im Jahre 1875 auf 13,844,

wonach die Zunahme der Zahl der Schulen überhaupt in den letzten 25 Jahren 2657 beträgt. Da aber in der Zeit von 1871 bis 1875 die Zahl der öffentlichen Volksschulen um 851 stieg, so ergibt sich, daß ein Drittel der Vermehrung der Schulanzahl, die überhaupt innerhalb der letzten 25 Jahre stattfand, in der letzten Zeit, während welcher die neuen Schulgesetze ihre Wirksamkeit äußerten, bewerkstelligt wurde. Diese Zahlen geben ein um so erfreulicheres Bild, als an der Vergrößerung der Schulanzahl in den letzten Jahren (mit Ausfluß von Tirol) die mindest organisierten einklassigen Schulen nur mit 106 partizipieren, ja in 8 Ländern die Zahl solcher Schulen nicht unbedeutend (Böhmen um 268, Niederösterreich um 126, Mähren um 111, Steiermark um 64, Kärnten um 54, Oberösterreich um 38, Dalmazien um 20, Salzburg um 11) verringert wurde, welche Schulen alle zu besser organisierten Anstalten erweitert wurden.

War in dem Gesamtgebiete auch noch im Schuljahre 1875 die größere Hälfte aller öffentlichen Volksschulen (7544) nur einklassig, so stieg doch die Zahl der Schulklassen überall, selbst in jenen Ländern, welche keine oder eine nur unbedeutende Vermehrung der Schulanzahl nachweisen, was gewiß ein beachtenswerther Fortschritt ist, da der Schulunterricht desto intensiver und ausgiebiger wird, je mehr Schulklassen die Schule erhält.

Wegen Mangels an Lehrkräften waren im Schuljahre 1875 im ganzen 231 Schulen zeitweilig geschlossen, von welcher Zahl auf Galizien allein 187 Schulen entfallen. Mit Einrechnung dieser zeitweilig geschlossenen Schulen betrug im Jahre 1875 die Gesamtzahl der Volksschulen 15,397.

(Fortsetzung folgt.)

Die neue Reichstagsession in Deutschland.

Donnerstag den 22. d. M. trat in Berlin, der Metropole des deutschen Kaiserreiches, der neugewählte deutsche Reichstag zusammen. Die alte Porzellan-Fabrik in der Leipzigerstraße wird in der nächsten vierjährigen Legislaturperiode gegen früher eine sehr wesentlich veränderte Gruppierung der Parteien bergen. Die Zwietracht, welche am Schlusse der vorjährigen Sessionsperiode wegen der Reichsjustizgesetze zwischen den bisher befreundeten Parteien der Nationalliberalen und der Fortschrittler ausgebrochen war, wie die außerordentlich erhöhte Agitation der Sozialdemokraten, und die alte, ungeschwächte Rührigkeit der Ultramontanen riefen bei den Wahlen und Stichwahlen nicht nur eine sehr lebhaft betheiligung der Wähler hervor, sie förderten auch manch überraschendes Resultat zutage. Es verlohnt der Mühe, angesichts der Eröffnung des Reichstages die Wahlergebnisse, so weit sie sich heute schon in approximativer Richtigkeit überblicken lassen, zu recapitulieren und die Gesamtziffer der Parteien nach den verschiedenen Gruppierungen gegenüber zu stellen. Wol stehen noch infolge von fünf Doppelwahlen und dem diesertage erfolgten Tod des Abgeordneten v. Gerlach in sechs Bezirken Nachwahlen aus, und sie werden voraussichtlich einen ungeheuer erbitterten Kampf aufweisen, doch ist anzunehmen, daß das Resultat derselben mit demjenigen der ursprünglichen Wahlen congruent sein werde.

„Als zunächst in die Augen springend — bemerkt die „Presse“, der wir das nachstehende Raisonnement entnehmen, — stellt sich uns der verhältnismäßig sehr bedeutende Gewinn dar, welchen die altkonservative Partei durch die Neuwahlen einheimste. Mit kluger Ausbeutung des Zermürnisses zwischen den National-Liberalen und den Fortschrittler wie auch der mißlichen volkswirtschaftlichen Verhältnisse haben es die Junker, welche in dem letzten Reichstage nur über 22 Stimmen verfügten, auf 39 Mandate gebracht. Auch die Freikonservativen schwangen sich von 35 auf 39 Mandate in die Höhe, während die sogenannten Wilden von 4 auf 3 herabsanken. Die schmerzlichste Einbuße erlitten die National-Liberalen, die ihre so statliche Ziffer von 149 auf 127 zusammenschumpfen sehen mußten; auch die Gruppe Koewe-Berger, welche früher 13 Mitglieder zählte, besteht jetzt nur aus 10 Abgeordneten, während die Fortschrittspartei durch höchste Anspannung aller Kräfte bei den Stichwahlen sich einigermaßen restaurierte, so daß sie gegen früher 37 heute 36 Mitglieder zählt. Fast ganz neu tritt die Partei der Demokraten in die parlamentarische Arena. Sie bestand früher nur aus dem Abgeordneten für Frankfurt am Main, während man heute noch auf 2 großdeutsch angehauchte Abgeordnete aus Süddeutschland und 6 Autonomisten aus Elsaß rechnen darf, so daß ihre Ziffer sich auf 9 erhöht. Die ultramontane Partei sank durch den Verlust von 4 Stimmen im Elsaß von 104 auf 100 Mitglieder. In geschlossener Phalanx zu den Wahlurnen schreitend, konnte es die sozial-demokratische Partei, abgesehen von statlichen und für die Zukunft sehr bedrohlichen Minoritäten, für diesmal nur von 9 auf 13 Mitglieder bringen. Die Polen erlangten ihre frühere Stärke von 14 Abgeordneten wieder. Die sich zur Abstinenz-Politik bekennenden Protestler endlich beziffern sich gegen früher 9 heute auf 7.

Gruppieren wir nun zunächst die Parteien in reichsfreundliche und reichseindliche, so ergibt sich gegen früher keine wesentliche Veränderung. Es zählten die reichsfreundlichen Parteien früher 260 Abgeordnete, während sie heute ohne die 6 elsässischen Autonomisten, über deren Verhalten in Fragen der Reichs-Zusammengehörigkeit noch keine Anzeichen vorliegen, 254 Mitglieder aufweisen. Dagegen können die reichseindlichen Parteien heute genau wie in der vorigen Legislatur-Periode mit Sicherheit nur auf 128 Mitglieder rechnen. Die reichsfreundlichen Parteien besitzen somit noch immer eine knappe Zweidrittel-Majorität. Ganz anders stellt sich heute das Verhältnis, wenn man die Gruppierung auf den Liberalismus hin prüft. Die liberalen Parteien besaßen in dem früheren Reichstage eine compacte Majorität von 204 Stimmen, mit welcher die Reichsregierung sehr ernstlich rechnen, welcher sie sehr häufig prinzipielle Konzeptionen machen mußte; heute sind die liberalen Parteien auf 185 Stimmen herabgesunken, es fehlen ihnen somit zur absoluten Majorität 14 Stimmen. Prüfen wir schließlich das Gruppenerhältnis mit Rücksicht auf den „Kulturkampf“, so finden wir, daß der Reichskanzler, wenn anders er überhaupt in nächster Zeit darauf bezügliche Gesetzesvorlagen zu machen gedenken sollte, noch immer über die absolute, schwerlich aber über die für manche Fälle notwendige Zweidrittel-Majorität verfügen könnte. Es pflegen wol die Freikonservativen in den konfessionellen Fragen mit dem Reichskanzler durch Dick und Dünn zu gehen, nicht aber die von dem pietistisch-sensiblen Kleist-Regem geführten Alt-konservativen. Fürst Bismarck könnte bei Kulturkampf-Debatten im höchsten Falle auf 224 Stimmen rechnen.

Wie sich die Gruppierung der Parteien in der bevorstehenden Sessionsperiode vorzugsweise vollziehen wird, darüber wird die Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm den deutschen Reichstag gestern eröffnete und deren Wortlaut bisher noch nicht vorliegt, nähere Anhaltspunkte geben. Es kommt dabei einzig und allein auf die Natur

der Gesetzesvorlagen an, welche der Reichstag zu erledigen haben wird. Vielfach verlautete, daß die Bundesregierung für die nächste Zeit davon absehen werde, weitere Vorlagen über konfessionelle Angelegenheiten einzubringen. Sie würde damit gewiß mancher Gefahr auf dem Wege gehen. Der Umstand, daß es in dem Reichstag entschieden keine festgeschlossene Regierungsmajorität, sondern nur allerhand Majoritäten ad hoc gibt, kann leicht zu Zwischenfällen führen, die vorläufig außer aller Berechnung liegen.

Die Universitäts-Debatte in der rumänischen Kammer.

Die rumänische Deputiertenkammer in Bukarest beschäftigte sich diesertage in eingehender Weise mit der einzigen rumänischen Universität Jassy, über deren geistigen und materiellen Niedergang feste und wol auch nicht unberechtigte Klagen geführt wurden. Gleichzeitig gab die vier Tage in Anspruch nehmende Verhandlung dem Deputierten Cogolniceanu Gelegenheit, auf die jüngste österreichische Universität in Czernowitz zu sprechen zu kommen, der er hiebei nicht umhin konnte, ein von unserem Standpunkte aus gewiß nur schmeichelhaftes Zeugnis auszustellen. Ueber den Verlauf der interessanten Verhandlungen schreibt man der „Vol. Corr.“ unterm 17. d. M. aus Bukarest:

„Nach einer seit vier Tagen andauernden Debatte, die anlässlich einer Interpellation eines Senators Cogolniceanu über den geistigen und materiellen Niedergang der Jassyer Universität im Senate sich entsponnen hatte, wurde von diesem Staatskörper endlich gestern Abend eine Motion des Interpellanten angenommen, mittelst welcher der Senat über den durch die Nachlässigkeit mehrerer Professoren jener Anstalt herbeigeführten Verfall derselben sein Bedauern ausdrückt und den Unterrichtsminister einladet, die betreffenden Professoren nach der ganzen Strenge der bestehenden Gesetze zu behandeln, anderseits aber den legislativen Körpern einen Gesetzentwurf über die Reorganisation und Komplettierung der Universität in Jassy vorzulegen. Diese Motion ist mit 17 gegen nur 11 Stimmen vom Senate angenommen worden. Die Grundidee, welche Herrn Cogolniceanu bei der Entwicklung seiner Interpellation leitete, gipfelte darin, daß durch die vor zwei Jahren in Czernowitz ins Leben gerufene Franz-Josef-Universität die Germanisierung des Orients gefördert werde. Cogolniceanu bezeichnete unter Elogen die österreichische Regierung die Czernowitzer Universität als eine nationale Gefahr für die Rumänen, als sie sich sozusagen vor den Thoren der Moldau befinde und ihre Aufgabe mit einem Eifer zu erfüllen strebe, welcher wahrhaft zu bewundern ist. Wäre man hingegen auf die Universität in Jassy, an welcher 23 Professoren nicht weniger als fünf von ihren Lehrern sich fernhalten, um „Politik zu treiben“, Minister, Senatoren, Deputierte, diplomatische Agenten, Eisenbahnbeamte vorzustellen und sich indeffen durch ganz unzureichende Lehrkräfte vertreten lassen, während die meisten der noch in Jassy gebliebenen Professoren ganz anderen Occupationen als dem Lehrfache nachjagen, so müsse jeden Patrioten Angst, ja Entsetzen ergreifen, wohin es mit dem Romanismus kommen werde.“

„Die Minister ihrerseits gaben zwar zu, daß die Universität in Jassy nicht ganz so beschaffen sei, wie sie es eigentlich sein sollte, verschanzten sich jedoch hinter die Verfassung des Landes, die es keinem Professor erlaube, Senator, Deputierter u. s. w. zu sein. — Endlich, nach viertägigen Debatten, bei welchen Cogolniceanu die deutschen, Kabinettschef Bratiano die französischen Universitäten hervorhob und auch von mehreren anderen Rednern unter Berufung auf Gneist, Ahrens und andere deutsche Celebritäten über die Rechte und die Pflichten der Professoren Theorien entwickelt wurden, von welchen weder Gneist noch Ahrens in ihrem Leben je eine Idee hatten, wurde die eingangs erwähnte Motion Cogolniceanu's angenommen, die jedoch nicht als Zensurdelvotum wider die Regierung zu betrachten ist.“

Politische Uebersicht.

Salzach, 22. Februar.

Von allen Seiten wird einmütig konstatiert, daß in sämtlichen Fragen zwischen den beiden Regierungen Oesterreich-Ungarns eine Einigung erzielt wurde, vorbehaltlich der Zustimmung der Majoritäten der beiderseitigen Parlamente. Ministerpräsident Tisza, welcher gestern nachts mit den Ministern Szell und Tresort in Pest ankam, wird heute abends im liberalen Klub vertrauliche Mitteilungen machen. Erst nach Bekanntwerden der Beschlüsse der Verfassungskommission wird eine formelle Parteikonferenz tags darauf im Parlament einberufen, worauf die Neuconstituierung des Kabinetts erfolgt. Sodann gedenkt Tisza eingehende Mitteilungen über die Vorgänge seit dem Demissionstage zu machen. — Die Vertrauensmänner des österreichischen Herrenhauses werden über die ihnen gemachten Mitteilungen einer besonderen Konferenz der Mitglieder des Herrenhauses Bericht erstatten. Der Zeitpunkt derselben ist noch nicht bestimmt.

Tagesneuigkeiten.

— (Fremde Prinzen in der österreichischen Armee.) Nach der Rangliste der k. k. Armee sind folgende fremde Prinzen in derselben verzeichnet, und zwar: Generale der Kavallerie: Alexander, Prinz zu Hessen und bei Rhein; Alexander, Prinz von Württemberg. Feldmarschall-Lieutenants: August, Prinz zu Sachsen-Koburg-Gotha; Gustav Friedrich, Herzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach; Leopold, Prinz zu Sachsen-Koburg-Gotha; Philipp, Herzog von Württemberg; Friedrich, Prinz zu Lippe-Deimold; Nikolaus, Herzog von Württemberg; Ernst August, Prinz von Hannover. Hauptmann erster Klasse: Sergius Alexandrowitsch, Großfürst von Rußland (im 2. Infanterie-Regimente). Oberlieutenant: Paul Alexandrowitsch, Großfürst von Rußland (im 11. Uhlanen-Regimente).

— (Neue Aufträge für die Waffenfabrik in Steyer.) Wie der „Alpenbote“ aus sicherer Quelle erfährt, sind in Steyer Telegramme über größere Abschlässe eingelaufen, welche der General-Direktor Wernl der Steyerer Waffenfabriken mit auswärtigen Regierungen gemacht hat. Es ist seiner unermüdblichen und aufopferungsvollen Thätigkeit neuerdings gelungen, Arbeit nach Hause zu bringen und hiedurch Tausenden von Menschen Brod zu verschaffen. Hiedurch wird die etwas düstere Fiktionsomie der Stadt Steyer, die sie infolge der Arbeiter-Entlassungen angenommen hat, sich wieder freundlicher gestalten, denn infolge dieser Aufträge werden gewiß die weiteren Arbeiter-Entlassungen eingestellt.

— (Ein Jahr Schlaf.) In der Akademie der Wissenschaften in Paris hielt kürzlich Dr. Blandet einen interessanten Vortrag über einen von ihm beobachteten Fall von lang andauernder Schlafsucht, welcher lebhaft an den des Uhlanen Gurs in Potsdam erinnert. Genannter Gelehrter hatte dieses Phänomen bei einer und derselben Person, einer Madame N..., einer großen und schönen Frau von 24 Jahren, sich zum drittenmale erneuern sehen und übrigens auch Gelegenheit gehabt, dieselbe Erscheinung schon früher bei zwei anderen jungen Frauen zu beobachten. Nicht lange nach zurückgelegtem 18. Lebensjahre hatte die genannte Dame, damals noch unverheiratet, zum erstenmale eine Anwendung von lethargischem Schlafe; sie schlief 40 Tage. Später, in ihrem 21. Jahre, gleich nach ihrer Vermählung, schlief sie 50 Tage. Während dieser 50 Tage bewachte sie vollständige Unbeweglichkeit und Unempfindlichkeit. Ihre Muskeln waren alle in einer solchen Erstarrung befangen, daß Dr. Blandet sich genöthigt sah, einen falschen Zahn, den die junge Dame trug, auszuschauben, um ihr einige Löffel Milch und Fleischbrühe einzuschießen. Vier Jahre nach diesem Anfälle, am Oftertage 1862, fand man Madame N... am Morgen fest schlafend, und sie erwachte auch nicht eher wieder, als im nächstfolgenden Frühling, nämlich im März 1863. Dieser sonach ein volles Jahr dauernde Schlaf ward nur ein einzigesmal und dann auch nur auf einige Stunden unterbrochen. Während dieses ganzen Jahres verstarb Madame N... in vollkommener Lethargie. Der Puls ging langsam, das Athmen war beinahe unmerkbar, die Hautfarbe blieb schön und frisch und die Wolleibtheit des Körpers dieselbe. Dabei aber herrschten absolute Unempfindlichkeit und allgemeine Erstarrung der Muskeln. Zum zweitenmale mußte man den künstlichen Zahn ausschrauben, denn jedes Mittel, welches man anwendete, um die Erstarrung der Kinnbacken zu befeigen, blieb erfolglos. Der Vorsicht wegen legte man bei Madame N... die unteren Gliedmaßen in Schienen, um das Verkrümmen und Verwachsen der Knie zu verhindern. Im Anfange wurden, um diesen seltsamen Schlaf zu bekämpfen, alle nur möglichen Mittel in Anwendung gebracht, doch vergebens. Gegenwärtig über die physiologische Bedeutung dieses langen Schlafes besser unterrichtet, empfiehlt Dr. Blandet, denselben nicht zu fördern und den heilsamen Einfluß desselben nicht zu bekämpfen. Bei den zwei ersten Anfällen, welche Madame N... hatte, war dieser lange Schlaf die glückliche Beendigung eines vorhergegangenen Deliriums und der letztere das Ende einer hartnäckigen Magenentzündung. Das Erwachen geschah allmählig und die Sinne lehrten sozusagen einer nach dem anderen zurück.

— (Leibeiene.) Nach offiziellen Angaben betrug am 1. Jänner d. J. die Zahl der noch nicht aus der Robotpflucht abgelassen ehemaligen Leibeigenen der 37 Gouvernements Rußlands, in denen seit 1861 das Emancipationsgesetz gilt, immer noch 2.007.854. Im ganzen wurden bis jetzt 5.413.345 Leibeigene (nur die Familienhäupter gezählt) zu landbesitzenden freien Bauern gemacht, darunter 639.636 mit Unterstützung durch den Staat. Die Prozentzahl sämmtlicher Eigenthum besitzenden Bauern zur Gesamtzahl der Bevölkerung wird in den 37 Gouvernements die stattliche Höhe von 72,2 erreichen.

— (Ein industrieller Hotelier.) Ein Amerikaner hat ein neues Mittel erfunden, um für sein Hotel Gäste bei zu ziehen. Er führt in Newyork einen Gasthof mit der Firma: „Tag für Tag“ und verfährt auf folgende Weise: Jeden Morgen wird dem Gast die Rechnung, gleichzeitig aber auch ein Säckchen präsentiert, in welchem sich so viele Nummern befinden, als die Zahl der Gäste beträgt. Jeder der Gäste zieht eine Nummer, und derjenige, der die höchste Zahl zieht, erhält für den ganzen Tag Nahrung, Zimmer und Bedienung frei und überdies einen Dollar bar ausgezahlt. Der Zudrang zu diesem Hotel soll außerordentlich stark sein.

— (Die Reise um die Erde) ist bei den gegenwärtig bestehenden Postverbindungen in 106 Tagen möglich. Es wurde ausgerechnet, daß eine Postkarte, wenn sie am 11. Juni aus Tiflis abgeht, am 26. Juni in Newyork, am 1. Juli in St. Francisco und am 31. Juli in Hongkong eintrifft, von dort aus würde sie am 12. August weiter befördert und auf dem Wege über Ceylon, Suez und Brindisi am 25. September, also binnen 106 Tagen, nach Tiflis wieder zurückkommen.

Lokales.

— (Kaiserliche Auszeichnungen.) In Anerkennung der anlässlich des jüngst erfolgten Bergsturzes bei Steinbrück betheiligten verdienstlichen Thätigkeit wurde dem Verwaltungsraths-Adjunkten der Triester Kohlegewerkschaft, Wenzel Bittner, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone, und dem Bahnwärter der Südbahngesellschaft, Wenzel Reuschl, dessen Geistesgegenwart und Muth bekanntlich die rechtzeitige Aufhaltung des von Wien kommenden Postzuges zu verdanken war, von Sr. Majestät dem Kaiser das silberne Verdienstkreuz mit der Krone verliehen.

— (Jahresversammlung des constitutionellen Vereins.) In der gestern abends im Klubzimmer der Kasino-Restaurations abgehaltenen Jahresversammlung des constitutionellen Vereins begrüßte Obmann Stellvertreter Dr. R. v. Schrey in Abwesenheit des Obmannes Dr. Suppan die Versammlung mit warmen Worten. In eingehender Rede warf derselbe einen Rückblick auf die politischen Ereignisse des weiteren und engeren Vaterlandes, betonte, daß einem weiteren Ausbau der Verfassungsidee die schwebenden staatsrechtlichen Fragen einerseits, andererseits die großen politischen Ereignisse hinderlich im Wege standen, trotz der Thätigkeit der gegnerischen Partei jedoch konnte die Macht der Verfassungsidee nicht erschüttert werden. — Hieraus erstattete Vereinsassessor Leskovic den Kassenbericht, welcher 621 fl. 71 kr. Einnahmen ausweist und einen Kasse-Saldo von 29 fl. 80 kr. ergibt. — Professor Linhart referierte sodann in eingehender Weise über die Thätigkeit des Schulpfennig-Comité, welches eine Einnahme von 579 fl. 51 kr. erzielte und mit dem Betrage von 527 fl. 54 kr. Lehr- und Lernmittel ankaufte und damit 39 krainische Volksschulen betheilte. Kassier Pengthaler bedauerte das geringe Ergebnis der Einnahmen gegenüber jenem der vergangenen Jahre und motivierte dasselbe mit den jüngsten Unglücksfällen, von denen Krain betroffen wurde. Mit den Anträgen, welche er schließlich zur Hebung der Einnahmen stellte, wird sich das Schulpfennig-Comité eingehend zu befassen haben. Den Mitgliedern des letzteren wurde sodann der Dank der Versammlung ausgesprochen. — Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl des Ausschusses wurden nachstehende Herren gewählt: Ottomar Bamberger, Karl Deschmann, August Dimich, Dr. R. v. Raltenegger, Karl Leskovic, Wilhelm Linhart, Dr. Josef Suppan, Dr. Robert v. Schrey und Dr. A. Schaffner. — Zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung: „Besprechung über die bevorstehenden Gemeinderathswahlen,“ belenchtet Herr D. Bamberger in kurzen Worten die Situation und die bisherige Thätigkeit der nationalen Gemeinderathsminderheit und forderte die Versammlung schließlich auf, ihre Stimmen bei den bevorstehenden Gemeinderathswahlen auf die vom verfassungstreuen Comité vorgeschlagenen Kandidaten zu vereinen. — Nachdem noch auf Antrag des Herrn Prehnitz dem abgetretenen und wieder gewählten Ausschusse der Dank der Versammlung votiert wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

— (Benefiz-Vorstellung.) Zu anerkennenswerther Zuverlässigkeit gegenüber dem wohlthätigen Institute der Laibacher freiwilligen Feuerwehr hat die löbliche Theaterdirection die heutige Vorstellung dem Krankensonde derselben als Benefiz zugestanden. Das Programm derselben bildet das bekannt gute Schumann'sche Schauspiel „Jene Hände“, und wäre daher in Anbetracht des mitverbundenen wohlthätigen Zweckes ein zahlreicher Besuch der Vorstellung sehr wünschenswerth.

— (Elenb.) Am 2. Februar d. J. starb im hiesigen Zivispsitale nach längerer Krankheit der Tischler Sixtus Kitz. Derselbe hinterließ, wie uns von amtlicher Seite beglaubigt vorliegt, eine Witwe mit drei unmaländigen Kindern in wirklich verzweifelter Armutssituation. Wir sind überzeugt, daß wir nur die Wohnung der armen Familie — Wasserlaferne — zu nennen brauchen, um Wohlthäter zu veranlassen, sich von der Armut der Betroffenen selbst zu überzeugen und zu helfen.

— (Statistik.) Von der vorigen Jahr am Büchermarkt neu aufgetretenen „Politisch-statistischen Tafel der österreichisch-ungarischen Monarchie“ von Franz Straßalm ist soeben der II. Jahrgang pro 1877 zum Preise von 50 kr. erschienen. Das ebenso vollständig als übersichtlich gehaltene Tableau nach Analogie der bekannten Gubner'schen Tafeln (96 Cm. hoch, 69 Cm. breit) enthält alle wissenschaftlichen Daten über Lage, Ausdehnung, Flächeninhalt, Bevölkerung, Regierung, Kriegsmacht und Finanzgebarung der österr.-ungar. Monarchie, sowie die neuesten und genauesten Angaben von Flächeninhalt, Bevölkerung, Regierung, Staatshaushalt, Land- und Forstwirtschaft, Berg- und Hüttenwesen, Landwehr, Verwaltung, Unterricht, Communicationen, Handel, Kreditwesen und Gewerbe der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder und der Länder der ungarischen Krone. — Die Verhandlungen des jüngsten statistischen Kongresses, welcher 1876 in Budapest zusammentrat, haben neuerdings die Wichtigkeit der statistischen Wissenschaft auf das eclatanteste erwiesen. Wie vieler Fächer der menschlichen Berührungskreise sich selbst auch zur Darstellung einer Vergleichung des Schaffens und der Entwicklung der Gesellschaft bemächtigt hat, so bleibt dennoch ein reicher Fond übrig, der einer weiteren Bearbeitung harret. Zumal die vaterländische statistische Kunde gewährt aus dem vorhandenen Materiale eine vielseitige Forschung und bietet dem Politiker, Oekonomen, Gelehrten und Industriellen einen Schatz von Kenntnissen in der Bewegung und Production der materiellen und geistigen Kultur. Dieser letzteren Aufgabe in gedrängter Art auf einem Blatte in übersichtlicher Weise zu genügen, ist die politisch-statistische Tafel der österr.-ungar. Monarchie bestrebt; da die neuesten Daten, wie sie eben erreichbar waren, in dieselbe aufgenommen sind, so stellt die Sammlung der einzelnen Jahrgänge dieser Tafel ein Bild der Fortentwicklung in den Fächern der einzelnen Rubriken dar, und ist daher die An-

Das preussische Abgeordnetenhaus genehmigte vorgestern nach längerer Debatte in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Theilung der Provinz Preußen. Der die Theilung aussprechende § 1 wurde mit 201 gegen 158 Stimmen und der die Auseinandersetzung des Vermögens betreffende § 4 mit den von Seydel und Miquel gestellten, die eventuelle gesetzliche Regelung betreffenden Amendements angenommen.

Die äußerste Linke des französischen Abgeordnetenhauses hielt am Samstag eine Fraktions-sitzung ab, in welcher sehr unfreundliche Stimmen gegen das Ministerium Jules Simon laut wurden. Namentlich führte der Abgeordnete Spuller in einer längeren Rede aus, daß Jules Simon ebensowenig wie seine Vorgänger Ricard und Marcère die Hände nach oben frei habe und daß man auch von ihm keine Verjüngung des höheren Verwaltungskörpers in liberalem Sinne erwarten dürfe. — Der „Liberté“ zufolge ist Marschall Canrobert gefährlich erkrankt.

Im englischen Unterhause erklärte Minister Bourke gestern, die Regierung beabsichtige nicht, Oesterreich wegen Freilassung der internierten Herzoginwider Insurgenten Vorstellungen zu machen. Der Marineminister sagte, er befürchte nicht den Ausbruch eines Krieges zwischen England und Rußland, da die Beziehungen beider Mächte sehr freundschaftliche sind.

In Spanien ist man einer Verschwörung von Anhängern Zorilla's auf die Spur gekommen. Sieben Personen wurden in Barcelona verhaftet. Die Bewegung sollte während der Anwesenheit des Königs ausbrechen. Die Untersuchung hat begonnen.

Wie bereits gemeldet, hat König Oscar von Schweden im Einverständnis mit der dänischen Regierung die Niederlegung einer Kommission zur Ausarbeitung eines skandinavischen Wechselgesetzes veranlaßt. Einer Mittheilung des „Nya. Dgbl. Ullh“ zufolge sollte die Kommission am 20. d. M. zusammentreten, und werden die Arbeiten derselben etwa sechs Wochen in Anspruch nehmen. Die Herbeiführung eines gemeinsamen Wechselrechts ist ein Schritt weiter auf der Bahn skandinavischer Einigung in Handel und Verkehr, für welche durch das gemeinsame Münzsystem und die Annahme des Metallsystems die Bahn gebrochen ist. Als Grundlage der Kommissionsarbeiten soll das deutsche Wechselrecht dienen.

Ein russischer Armeebefehl ordnet an, daß von nun an die Eisenbahn-Beamten der unteren Chargen in Südrussland dem Armee-Kommando unterstellt sein werden. — Von der russischen Grenze wird berichtet, daß auf der Eisenbahn von Kiew nach Odessa und von Orsk nach Zoolunow die Fracht- und Personenzüge fiktirt wurden, da alle Waggons für Truppentransporte in Anspruch genommen werden. Es sollen 150.000 Mann zur Verpflegung der russischen Reserve-Armee nach dem Süden transportiert werden. — Nach Warschauer Berichten werden dort bereits Empfangsvorkehrungen für die im Laufe des Monats März erfolgende Ankunft des Zars, eventuell des Thronfolgers, getroffen.

Von einem Kommissionsrath wurden mit der rumänischen Regierung Verhandlungen versucht, welche den Verlauf der rumänischen Eisenbahn an den Staat bezwecken sollen; seitens der Organe der Gesellschaft der rumänischen Eisenbahn liegen jedoch nunmehr Mittheilungen vor, wonach dieselbe niemand irgend welches Mandat zu derartigen Verhandlungen erteilte.

Die Friedensverhandlungen zwischen Serbien und der Türkei nehmen einen günstigen Verlauf. Vorgestern fand in Konstantinopel die erste Konferenz zwischen Safer Pascha und den serbischen Delegierten statt, in welcher die Garantieforderung discutiert wurde. Später wird der Ministerrath die Frage in Berathung nehmen und hierauf wird ein Entwurf ausgearbeitet werden. Die erste Konferenz hinterließ einen guten Eindruck; beide Theile sind von dem aufrichtigen Wunsche befeelt, zu einem Einvernehmen zu gelangen. Die zweite Konferenz wird am Donnerstag oder Samstag stattfinden. Es ist wahrscheinlich, daß ein endgültiges, zufriedenstellendes Arrangement vor Ende Februar zustande kommen werde.

Die Wahlbewegung in Serbien ist sehr lebhaft. Von allen Seiten wird die Tendenz derselben als eine der Regierung feindselige bezeichnet. Auf eine Majorität kann schon jetzt das Kabinett Stefca nicht rechnen. Die Tage des Ministeriums scheinen daher gezählt.

Die montenegrinischen Delegierten dürften im Laufe dieser Woche in Konstantinopel eintreffen. In diesem Falle wäre eine Verlängerung des Waffenstillstandes notwendig, über deren Dauer jedoch noch nichts beschlossen ist.

Die türkische Botschaft am Wiener Hofe hält es angesichts der beunruhigenden Gerüchte über den Gesundheitszustand des Sultans für erforderlich, folgendes Dementi zu veröffentlichen: „Se. Majestät litt seit einiger Zeit an einem Zahnnübel, indessen ist dasselbe geschwunden und der Gesundheitszustand Sr. kaiserlichen Majestät ein vollkommener.“ Dagegen meldet die „France“, der türkische Minister des Innern, Djebdet Pascha, telegraphierte angeblich an einen der berühmtesten Aerzte von Paris, der Sultan sei geistig gestört. Der Großvezier, Edhem Pascha, befürwortete seine Abdankung.

schaffung jeder neuen Ausgabe deshalb zu empfehlen. Die meisten Klassen der menschlichen Gesellschaft finden in der pol. stat. Tafel, wie der Inhalt nachweist, ihnen zuzugende Notizen, und dürfte dieses in A. Hartlebens Verlag in Wien, Pest und Leipzig erschienene Werk seine bisherige weite Verbreitung dem Umstande verdanken, daß es das Nachschlagen in der Masse statistischer Bücher erspart.

— (Spezialtarif für Petroleum.) Am 15. d. trat ein Spezialtarif für Petroleumsendungen in Wagenladungen von 10,000 Kilogramm von Triest und Triume nach Süddeutschland und der Schweiz via Laibach-Billa-Franzenstett-Rußland in Kraft. Derselbe erscheint in zwei Abtheilungen, wovon die eine Frachtsätze für Sendungen nach internen Stationen der bayerischen Staatsbahnen, die andere Frachtsätze für den Verkehr nach Lindau transit der Schweiz, Württemberg, Baden, der Pfalz und Hessen enthält.

— (Ein verunglückter Passagier.) Am Stationsplatz in Steinbrunn ereignete sich verflorenen Samstag ein bedauerlicher Vorfall. Der 70jährige slovenische Bauer Pantraz Kabičnik kam, wie die „Eil. Ztg.“ erzählt, am genannten Tage gegen 7 Uhr abends mit dem gemischten Zuge in Steinbrunn an. War es nun die Dunkelheit oder der Umstand, daß der alte Mann etwas betrunken war, welche ihn den Ausweg aus dem Perron verfehlen ließen, kurz, er ging gegen die kaum ein Meter hohe Mauer zu, welche längs des Bahndammes gegen die Save zu dahinküsst. Wahrscheinlich in der Meinung, daß er sich an der entgegengesetzten Seite des Bahndammes befinde, wo der Schienenweg sich an einem Bergabhange hinzieht, stieg er über die vorerwähnte Mauer und stürzte so aus der Höhe von 15 Meter auf eine Sandbank der Save. Der Unglückliche erlitt einen doppelten Beinbruch, und wird an seinem Aufkommen gezweifelt.

— (Ein Abenteuer.) Ueber die merkwürdigen Schicksale eines jungen Klagenfurter, der sich nunmehr in Siam in einer sehr einträglichen Stellung befindet und daselbst die Rolle eines Unterrichts-Reformators spielt, schreibt man der „Graz. Tagespost“ unterm 20. d. aus Klagenfurt: „Ein Sohn des hiesigen pensionierten Realchuldirektors Herrn Paier verdingte sich vor Jahresfrist als Schiffsjunge. Das Schiff dampfte nach Indien. Paier begab sich in das Königreich Siam und erhielt mit Rücksicht auf seine Studien bald eine Hofmeisterstelle bei einem Großwürdtenträger. Da er diesem auf einer Tigerjagd das Leben rettete, stieg Paier in der Hofgunst und erhielt eine Art Sekretärstelle im Unterrichtsamt, welches er neu organisiert hat. Sein Gehalt soll monatlich 1000 fl. betragen.“

Theater.

— (g.) Unter sehr geringer Theilnahme von seiten des Publikums setzte Herr Lesser sein Gastspiel am vergangenen Dienstag als „Gast“ in Georges Sando vieraktigen, für die deutsche Bühne von Adolf Sonnenthal glücklich bearbeiteten Sensationsstücke (richtiger Schauspiel) „Der Marquis von Billemer“ fort und beendete dasselbe vorgestern als „Graf Esser.“ An beiden Abenden wurden aus sehr gerundete, fleißig studierte Vorstellungen zutheil. Abgesehen davon, daß Herr Lesser als Bonvivant wie als tragischer Held gleich routinirt eintritt und so beiden Aufführungen ein erhöhtes Lustre verlieh — wenn gleich er in der ersterwähnten Rolle zeigte, daß er an gewissen salonwidrigen Gemeinplätzen in der Action festhalte — wurde er auch von den ständigen Mitgliedern unseres Schauspielpersonales bestens accompagniert. Obwohl Herr Lesser das Fach, das er als „Marquis von Billemer“ vertrat, sehr ferne liegt, so war er doch nirgends fälschlich und trat im Gegenheil stellenweise sogar mit Erfolg in die Szene. Die Rolle der „Karoline von Saint Genais“ hingegen fand in Frä. Weidl eine vollkommen würdige Vertreterin.

Entschieden eine der besten Leistungen Frä. Fischers war ihre „Gräfin Rutland“, in welcher Rolle sich das Fräulein sogar zu einer hinreißenden Wärme emporraffte und vom Publikum mit verdientem Beifall ausgezeichnet wurde. Die Wahnsinnszene hätte ein etwas prägnanteres Colorit immerhin vertragen. — Nach längerer Zeit in einer größeren Partie beschäftigt, bewegte sich Frau Schubert als „Königin Elisabeth“ auf der Höhe der Situation.

Der Verein der krainischen Sparkasse hat in der gestern abgehaltenen Generalversammlung als Beitrag für das hiesige Armeninstitut den Betrag von 2500 fl. und für Unterstützung bedürftiger, aus dem Zivildspitale entlassener Reconvalescenten den weiteren Betrag von 200 fl. votiert.

Die Armeninstituts-Kommission fühlt sich verpflichtet, diese ausgiebigen Spenden des löblichen Sparkassenvereins mit dem Ausdruck des wärmsten Dankes zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Von der Armeninstituts-Kommission.

Laibach am 20. Februar 1877.

Der Vorsitzende: Lasch a. n.

Dankagung.

Der Verein der krainischen Sparkasse hat in der am 19. d. abgehaltenen Generalversammlung als Beitrag für die städtische Musikkapelle einen Betrag von 200 fl. votiert. Indem dieser hochherzige Akt zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird, spricht der Laibacher Musikverein dafür seinen wärmsten Dank dem löblichen Vereine der krainischen Sparkasse aus.

Laibach am 21. Februar 1877.

Für den Laibacher Musikverein:
Dr. Rosch, Obmann.

Öffentlicher Dank.

Der löbliche Verein der krainischen Sparkasse hat in seiner am 19. d. M. abgehaltenen Generalversammlung für die städtische Schüler dieser Anstalt einen Betrag von 100 Gulden votiert. Für diese edelmüthige Spende wird hiemit im Namen der armen Schulanfänger der tiefgefühlte Dank ausgesprochen.

Von der Leitung der ersten städtischen fünfklassigen Knaben-volksschule in Laibach, am 21. Februar 1877.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“)

Wien, 22. Februar. In der heutigen Besprechung der Herrenhausmitglieder wurden die Mittheilungen des Präsidenten Fürsten Auersperg über die gestrige Konferenz der Vertrauensmänner betreffs des ungarischen Ausgleichs debattelos zur Kenntnis genommen.

Wien, 22. Februar. In der heutigen Versammlung der Verfassungspartei betonten die Minister, daß wenn sie die Zustimmung der Partei zu einem fraglichen Punkte (Generalrath) nicht erlangen, sie die Ausgleichsverhandlungen nicht abschließen, überhaupt die Geschäfte nicht fortführen könnten. Es wurde nach längeren Debatten beschlossen, in den Klubs zu berathen, ob die Verhandlungen morgen Abend oder Samstag vormittags fortzusetzen seien.

Budapest, 21. Februar. Die Mitglieder der liberalen Partei versammelten sich abends sehr zahlreich in den Klublokalitäten. Bald fanden sich auch die Minister ein, worauf sich alle in den Nebensaal zurückzogen, wo Tisza erklärte, daß er in Form einer privaten Besprechung den Bankplan erörtern wolle, jedoch keinen Parteibeschluß wünsche, weil er der eigentlichen Parteikonferenz erst nach vollendeter Texturierung Vortrag erstatten wolle. Hierauf legte er die bekannten Grundzüge des Bankplanes dar, welche von den Anwesenden einfach zur Kenntnis genommen wurden.

Belgrad, 21. Februar. (N. W. Tgbl.) Bei den Skupstina-Wahlen siegte in Belgrad selbst die Regierungspartei. Gewählt wurden die Exminister Kaljević, Džerović, Krizanović, Karapetić, Terzibašić, Radulavich und Korać. Die Aufstellung und Wahl des jüdischen Kandidaten erfolgte, um zu beweisen, daß die Israeliten in Serbien gleiche Rechte wie die andere Bevölkerung genießen. Der englische Generalkonsul bemüht sich im Auftrage seiner Regierung, die Gleichstellung sämtlicher Religionsgenossenschaften in Serbien durch Aufhebung der Beschränkungs-gesetze zu erwirken.

Konstantinopel, 21. Februar. Eine Depesche der Pforte an ihre Vertreter bezeichnet alle Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel im Großvezirate offiziell als falsch und unbegründet.

Konstantinopel, 21. Februar. Die „Agence Havas“ meldet: „Mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen mit Montenegro dürfte der Waffenstillstand noch auf vierzehn Tage verlängert werden. Das Zustandekommen eines Uebereinkommens mit Serbien ist sicher.“

Telegraphischer Wechselkurs

vom 22. Februar.

Papier = Rente 62.80. — Silber = Rente 67.85. — Gold-Rente 74.10. — 1860er Staats-Anlehen 110.30. — Bank-Aktien 834.—. — Kredit-Aktien 150.10. — London 123.80. — Silber 113.10. — R. f. Münz = Dukaten 5.90. — Napoleons'or 9.89. — 100 Reichsmark 60.75.

Wien, 22. Februar. 2 Uhr nachmittags. (Schl.-Kurse.) Kreditaktien 150.—, 1860er Lose 110.—, 1864er Lose 135.60, österreichische Rente in Papier 62.90, Staatsbahn 238.50, Nordbahn 180.—, 20-Frankenstücke 9.89, ungarische Kreditaktien

120.—, österreichische Francobank —, österreichische Anglobank 72.75, Lombarden 77.50, Unionbank 52.75, anstro-orientalische Bank —, Mobdactien 331.—, anstro-ottomanische Bank —, türkische Lose 17.—, Kommunal-Anlehen 94.—, Egyp. —, Goldrente 74.10.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Wochenausweis der Nationalbank. Derselbe weist im Vergleich zu dem der Vorwoche folgende Veränderungen aus: Banknoten-Umlauf fl. 281.624.840, Abnahme fl. 3.176.140; Giro-Einlagen fl. 705.857, Zunahme fl. 246.147; einzeln: Bankanweisungen und andere fällige Passiva fl. 2.058.413, Zunahme fl. 186.533; Metallschatz fl. 136.615.138, Zunahme fl. —; in Metall zahlbare Wechsel fl. 11.305.069, Zunahme fl. 155.135; Staatsnoten fl. 3.018.514, Zunahme fl. 212.640; Geltschätze fl. 109.586.466, Abnahme fl. 3.543.748; Darlehen fl. 27.485.100, Abnahme fl. 508.700.

Laibach, 21. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 20 Wagen und 2 Schiffe mit Holz (20 Kubikmeter).
Durchschnitts-Preise.

Wrt.	Wrt.	Wrt.	Wrt.	Wrt.	Wrt.
fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
Weizen pr. Hektolit.	—	10.96	Butter pr. Kilo	—	82
Korn	—	7.13	Eier pr. Stück	—	2
Gerste	—	5.97	Milch pr. Liter	—	7
Hafer	—	4.33	Rindfleisch pr. Kilo	—	52
Halbfrucht	—	7.55	Kalbsteisch	—	48
Heiden	—	6.93	Schweinefleisch	—	30
Dirse	—	5.83	Schöpfenfleisch	—	17
Kartoffeln	—	6.48	Hühner pr. Stück	—	70
Erbsen 100 Kilo	4.30	—	Lauben	—	3.15
Linien Hektoliter	13	—	Den 100 Kilo	—	3.5
Erbsen	12	—	Stroh	—	—
Hilfen	8	—	Holz, hart., pr. vier	—	8
Rindfleisch pr. Kilo	92	—	„ „ Meter	—	6
Schweinefleisch	85	—	„ weiches	—	24
Speck, frisch	66	—	Wein, roth., 100 Lit.	—	20
„ geräuchert	75	—	„ weißer, „	—	—

Angekommene Fremde.

Am 22. Februar.

Hotel Stadt Wien. Vogel, Fabrikant, Wartenberg. — G. bader, Holzm., Tüfser. — Freih. v. Kalsberg, f. t. Unterstaatssekretär; Altschul, Mal, Kiste, und Randers, Reis., Wien. — Bold, Krainburg. — Göb, Kfm., Nürnberg. — Lachinger, Linz. — Sonnenschein, Kfm., Graz. — Hölzel, Holzm., Rottenitz und Jonte, Gottschee. — Fr. Zebal, Private, Laibach. — Wild, Agent, Neumarkt.

Hotel Elephant. Kallan und Zegl, Trisail. — Jung, Kfm., Wien. — Adler, Graz. — Micht, Getreidehändler, Kamtscha. — Stiplich, Händler, Untermain. — Leppusch Anna, Steinbrunn.

Mohren. Werner, Kfm., Gottschee.

Lottoziehung vom 21. Februar.

Brünn: 68 3 12 18 10.

Theater.

Heute: Zum Besten des Krankensondes der hiesigen freiwilligen Feuerwehr: F e e n h a n d e. Lustspiel in 5 Aufzügen, nach Schiller. „Les doigts de fer“ bearbeitet von Th. Gajman.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reduziert	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richt des Stimmels	Witterungs-Veränderungen
22.	7 U. Mg.	724.78	— 0.4	Windstill	dichter Nebel	0.0
	2 „ N.	724.71	+ 6.0	SD. schw.	heiter	—
	9 „ Ab.	725.15	+ 4.2	D. schwach	bewölkt	—
					Rebel bis 9 Uhr anhaltend, dann heiter, sonniger Tag	—

Das Tagesmittel der Wärme + 3.3°, um 3.6° über dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberger.

Dankagung.

Allen, die meiner lieben Frau das Geleit zur letzten Ruhestätte gegeben, ihren Sarg mit Kränzen geschmückt, überhaupt mir ihre Theilnahme in was immer für einer Art erwiesen haben, insbesondere dem verehrlichen Männerchor der filharmonischen Gesellschaft, dankt aus vollem Herzen

Dr. Leitmaier.

Börsenbericht.

Wien, 21. Februar. (1 Uhr.) Die unteugbar vorhandene günstige Stimmung sprach sich mehr in der Festigkeit der Kurse als in der Lebhaftigkeit der Bewegung aus.

Papierrente	62.95	63.20	Siebenbürgen	72.40	72.80	Franz-Joseph-Bahn	118	118.25	Sal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	101.50	101.80
Silberrente	67.95	68.10	Lemberger Banat	71.75	72.25	Galizische Karl-Ludwig-Bahn	210.50	210.75	Deferr. Nordwest-Bahn	97.40	97.60
Goldrente	74.15	74.25	Ungarn	73.80	74.30	Kaisau-Oberberger Bahn	85	85.50	Siebenbürgen Bahn	59.30	59.50
Lose, 1839	284	285				Lemberg-Gernowitzer Bahn	115.50	116	Staatsbahn 1. Em.	155.50	156
„ 1854	105.50	106.50				Lloyd-Gesellsch.	332	334	Südbahn 2 3/4	113	113.50
„ 1860	110.20	110.40				Deferr. Nordwestbahn	112.75	113.25	5%	94	94.50
„ 1860 (Künstel)	118	118.50				Rudolf-Bahn	106	106.50	Südbahn, Bons	—	—
„ 1864	135	135.25				Staatsbahn	240.50	241.50			
Ung. Prämien-Anl.	71.75	72				Südbahn	78.25	78.50			
Kredit-Anl.	162	162.50				Therz-Bahn	161	162			
Rudolf-B.	13.50	14				Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	80	80.50			
Prämienanlehen der Stadt Wien	94	94.50				Ungarische Nordostbahn	92.50	93			
Donau-Regulierungs-Lose	103	103.50				Wiener Tramway-Gesellsch.	98	98.50			
Domänen-Pfandbriefe	144	144.50									
Österreichische Schatzscheine	99.25	99.50									
Ung. Eisenbahn-Anl.	98.50	99									
Ung. Schatzbons vom 3. 1874	95.60	95.80									
Anlehen d. Stadtgemeinde Wien in B. B.	95.50	95.75									

Grundentlastungs-Obligationen.

Böhmen. 100.50 101.50
Niederösterreich. 100.75 101.25
Galizien. 84.10 84.60

Aktionen von Transport-Unternehmungen.

Alföld-Bahn. 95.50 96.—
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft 344 — 346.—
Elisabeth-Westbahn. 132.75 133.—
Ferdinands-Nordbahn. 1800 — 1805.—

Prioritäts-Obligationen.

Elisabeth-B. 1. Em. 90.50 91.—
Ferd.-Nordb. in Silber 105.50 106.—
Franz-Joseph-Bahn 90.40 90.60

Nachtrag: Um 1 Uhr 30 Minuten notieren: Papierrente 62.90 bis 63.20, Silberrente 67.90 bis 68.—, Goldrente 74.15 bis 74.30, 73.25, London 123.50 bis 123.80, Napoleons 9.87 bis 9.87 1/2, Silber 113.50 bis 113.75.